



Pressemitteilung zum Antikriegstag am 1.09.2017

pax christi fordert Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Die internationale katholische Friedensbewegung pax christi in der Diözese Rottenburg-Stuttgart fordert anlässlich des Antikriegstags am 1. September 2017 den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, den die Vereinten Nationen im Juli 2017 beschlossen haben. Dieser Vertrag, der von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft getragen wird, verbietet Herstellung, Einsatz und Besitz von Nuklearwaffen ebenso wie die Drohung mit einem Nuklearschlag. Deutschland nahm nicht an den Verhandlungen teil und ist dem Vertrag bislang nicht beigetreten. „Angesichts der Zerstörungskraft und der Gefahren, die von den Atomwaffen ausgehen, ist die Weigerung der Bundesregierung, diesen Vertrag zu unterstützen, ein Skandal“, erklärt Reinhold Gieringer, Vorsitzender von pax christi in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Er verweist auf die Botschaft von Papst Franziskus vom März 2017 an die Vereinten Nationen, in der es heißt: „Eine Ethik und ein Recht, die auf der Drohung gegenseitiger Zerstörung - und möglicherweise der Vernichtung der ganzen Menschheit - beruhen, widersprechen dem Geist der Vereinten Nationen.“ In diesem Zusammenhang erinnert pax christi daran, dass der Deutsche Bundestag bereits 2010 einstimmig gefordert hat, die in Deutschland gelagerten amerikanischen Atomwaffen abzuziehen. „Es wird Zeit, diesen Beschluss endlich umzusetzen.“, so Gieringer. Auch seien die jüngsten Äußerungen von US-Präsident Trump im Konflikt mit Nordkorea nicht dazu geeignet, Vertrauen in dessen Umgang mit atomaren Waffen zu wecken.

Der 1. September 1939 war mit dem deutschen Überfall auf Polen der Beginn des Zweiten Weltkriegs. Seit 60 Jahren wird dieser Tag als Antikriegstag begangen und eine Politik für Frieden und Abrüstung gefordert.